



Schulklasse (in Mainz), Götte



Mehrarbeit für Lehrer

Drastische Sparmaßnahmen will die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Rose Götte (SPD) an diesem Dienstag im Kabinett vorschlagen. Die SPD/FDP-Landesregierung, die nach der Regierungsbildung vor eineinhalb Jahren noch 800 zusätzliche Planstellen für Lehrer geschaffen hatte, soll den Bildungsetat des finanzschwachen Bundeslandes entlasten. Weil die Zahl der Schüler wegen der geburtenstärkeren Jahrgänge bis zum Jahr 2002 um mindestens 100 000 steigt, sollen Lehrer länger arbeiten und Klassen vergrößert werden. Nach bisher noch internen Plänen wird die vorgeschriebene Unterrichtszeit für Lehrer an Gymnasien von 23 auf 24 und für Realschullehrer von 26 auf 26,5 Stunden wöchentlich erhöht. Damit sollen Neueinstellungen vermieden werden. In den kommenden Schuljahren sollen jeweils nur rund 300 neue Lehrer eingestellt werden. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mainz hält mindestens 600 zusätzliche Stellen pro Jahr für erforderlich.

Greenpeace in Finanznot

Die Umweltorganisation Greenpeace hat offenbar Finanzprobleme: Bei hausinternen Buchprüfungen in der Hamburger Deutschland-Zentrale der Umweltschützer wurde jetzt eine Finanzierungslücke in der Etatplanung für 1993 in Höhe von rund 2,4 Millionen Mark entdeckt. Als Ursache des Millionenlochs gibt die Geschäftsführung „Fehl kalkulationen von Personal- und Portokosten“ an. Noch im vorigen Jahr hatte die Organisation, die als reichste Umwelt-Gruppe der Welt gilt, in Deutschland ein Spendenaufkommen von rund 66 Millionen Mark. Wegen fragwürdiger Kampagnen-Praktiken im Herbst vergangenen Jahres in

die öffentliche Kritik geraten (SPIEGEL 38/1991), leidet Greenpeace seither an Spendenschwund. Im laufenden Jahr gingen 56 Millionen Mark ein. Vorvergangene Woche beschlossen die Umweltschützer nun, 18 Stellen abzubauen. Die geplanten Entlassungen werden mit dem jüngst entdeckten Finanzloch begründet. Bereits im Sommer hatte es bei Greenpeace Krach ums Geld gegeben. Damals war der Finanzchef der Umweltorganisation, Thomas Brandt, gegangen. Er hatte einige Vorgaben für die Haushaltsplanung als unkorrekt beanstandet.

Richter in der Sekte

Das rheinland-pfälzische Justizministerium läßt prüfen, ob ein ehrenamtlicher Richter wegen seiner Aktivitäten für die umstrittene Scientology-Sekte aus dem Amt entfernt werden kann. Der Ludwigshafener BASF-Betriebsrat Dieter Klee war im Sommer letzten Jahres auf Vorschlag der IG Chemie für die Dauer von vier Jahren zum ehrenamtlichen Landesarbeitsrichter ernannt worden. Nachdem bekannt wurde, daß Klee sich für die Sekte engagiert, mit der sich bereits der Verfassungsschutz befaßt, entzog ihm der BASF-Betriebsrat den Freigestellten-Status. Inzwischen kündigte die Firma ihrem Mitarbeiter. Außerdem forderte die Gewerkschaft den Mainzer Justizminister Peter Caesar (FDP) auf, Klee aus dem Richteramt zu entfernen. Der Minister hat einen entsprechenden Prüfungsauftrag erteilt. Über eine Amtsenthebung wird das Landesarbeitsgericht entscheiden.

Höhere Porno-Steuer

Pornographische Bücher, Hefte und Bildbände sollen nach Plänen des Bonner Finanzministeriums stärker besteuert werden. Staatssekretär Franz Christoph Zeitler hat Minister Theo Waigel vorgeschlagen, auf Pornographie künftig nicht mehr den halben, sondern den vollen Mehrwertsteuersatz von

Gesetzentwurf verfassungswidrig?

Das von Finanzminister Theo Waigel (CSU) geplante Standortsicherungsgesetz verstößt nach Ansicht von Richtern des Bundesfinanzhofes gegen das Grundgesetz. Drei Senate des Bundesfinanzhofes haben mehrere Vorschriften des Gesetzesvorhabens in Gutachten als verfassungswidrig oder verfassungsrechtlich bedenklich eingestuft. Um den Standort Deutschland für Unternehmer attraktiver zu machen, will Waigel den Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkünfte von 53 Prozent auf 44 Prozent senken. Gutverdienende Freiberufler oder Angestellte dagegen sollen weiter 53 Prozent zahlen. Diese „Tarifbegrenzung“ hält der IX. Senat „wegen Verstoßes gegen den Gleichheitssatz“ schlicht „für verfassungswidrig“. Zwei Gruppen von Steuer-

bürgern würden unterschiedlich behandelt, „obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solchem Gewicht bestehen, daß sie die Ungleichheit rechtfertigen könnten“. Waigels Erwägung, die nicht begünstigten Bezieher hoher Einkommen sollten ihren höheren Steuersatz als „indirekten Solidarbeitrag“ zur Finanzierung der neuen Länder auffassen, verwarf der Senat. Es



Klein

15 Prozent zu erheben. Bisher wurde Pornographie steuerrechtlich wie Literatur bewertet. Der Vorstoß des Staatssekretärs könnte die konservative Klientel des CSU-Finanzministers erfreuen. Deshalb hält Zeitler daran fest, obwohl sich die Fachabteilung dagegen ausgesprochen hat. Die Erfahrung lehre, daß eine tragfähige Abgrenzung zwischen Kunst und Pornographie nicht vollzogen werden könne. Bei ähnlichen Versuchen hätten sich Juristen und Steuerexperten in der Vergangenheit stets lächerlich gemacht.

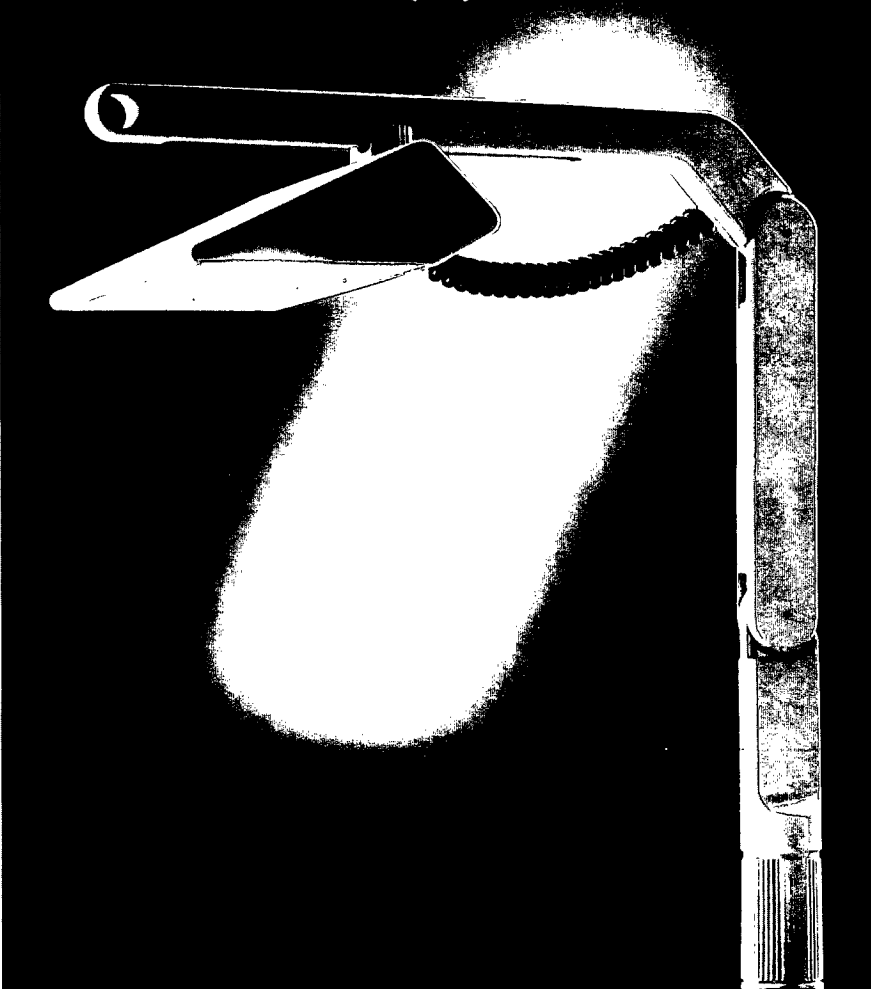


Sex-Shop (in Hamburg)

gebe keinen Grund, „Beziehern gewerblicher Einkünfte einen geringeren Solidarbeitrag abzuverlangen als Steuerpflichtigen mit anderen Einkünften“. Auf Ablehnung stößt auch Waigels Plan, Betriebsvermögen bis zu 500 000 Mark von der Erbschaftsteuer zu befreien. Der II. Senat hat „verfassungsrechtliche Bedenken“, weil die Befreiung des Betriebsvermögens gegenüber dem ungekürzten Zugriff auf das übrige Vermögen nicht „zu rechtfertigen“ sei.

Die Bedenken seiner Experten schickte Franz Klein, Präsident des Bundesfinanzhofes, Minister Waigel am 8. Dezember zu. Zuvor hatte Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) schon zweimal moniert, die Begründung des Gesetzes sei nicht verfassungsgemäß. Waigel holte sich dennoch die Zustimmung des Kabinetts und ließ den Gesetzentwurf dem Parlament zuleiten. Sollte gegen das Gesetz Klage erhoben werden, stehen Waigels Chancen schlecht. Der Bundesfinanzhof müßte es dem Verfassungsgericht zur Prüfung vorlegen – mit dem negativen Votum von drei Senaten im Hintergrund.

Auch ausgeschaltet ein leuchtendes Vorbild.



Der Lichtblick rückt alles ins rechte Licht. Sein stufenlos verstellbarer Lichteinfallwinkel und der asymmetrische Reflektor machen Schluß mit dem Schattendasein. Die wahre Erleuchtung!

Der Lichtblick – ein echter Schreibtisch-Befreier von Hansa. Mit höchsten Einschaltquoten. Denn die beste Wahl ist das Original.

HANSA

Profis in Form und Funktion

Im Fachhandel erhältlich von Hansa-Technik GmbH
Postfach 62 02 27 · 2000 Hamburg 62 · Tel. (040) 5 31 20 86 · Telefax (040) 5 31 10 14
A: Aristo · Postfach 52 · 6300 Wörgl · CH: Kuhn · Postfach 434 · 8303 Bassersdorf

89/3